



Volksbegehren: Jetzt alle Parteien für einen Ausschuss

Wien. Das vom Ex-SP-Vizekanzler und Industriellen Hannes Androsch initiierte Bildungsvolksbegehren soll in einem Sonderausschuss des Parlaments behandelt werden. Nachdem sich wiederholt SPÖ-Vertreter und Grüne für die Behandlung in einem eigens eingerichteten Ausschuss ausgesprochen haben, ist die ÖVP nun auch dafür. Und auch FPÖ und BZÖ, die sich bisher gegen einen Sonderausschuss stellten, haben ihren Widerstand aufgegeben.

ÖVP-Bildungssprecher Werner Amon begründete seine Zustimmung am Mittwoch damit, dass das Bildungsvolksbegehren so unterschiedliche Themen wie Unterricht und den Universitätsbereich umfasse. Die Einrichtung eines eigenen Ausschusses sei damit gerechtfertigt.

BZÖ und FPÖ hatten zwar bisher eine „Sonderbehandlung“ der Androsch-Initiative mit dem Argument abgelehnt, Unterrichts- und Wissenschaftsausschuss würden ausreichen. Nachdem sich sowohl die SPÖ als auch ÖVP bereit zeigten, auch gegen ihren Widerstand einen eigenen Ausschuss einzusetzen, gab es am Mittwoch einen Meinungsumschwung. Wobei dann aber laut FPÖ künftig für jedes Volksbegehren ein Sonderausschuss eingerichtet werden müsse. ■